

Keine Stimme den Republikanern -

AusländerInnen in den Stadtrat

Die sogenannten Republikaner verbreiten ein rassistisches Menschenbild, das völkisch und populistisch Verachtung gegenüber anderen zum Ausdruck bringt und Haß schürt. Sie bereiten den Nährboden für faschistisches Gedankengut. Damit sind sie mitschuldig an der eskalierenden rassistischen Gewalt gegen AusländerInnen. Es ist nachgewiesen, daß die REPs personell enge Kontakte zu anderen rechtsradikalen Organisationen unterhalten, wie zur NPD, DVU, FAP.

Umfragen bei WählerInnen der sogenannten Republikaner haben ergeben, daß diese Partei von rechtsradikalen Gedankengut geprägt wird. Die überwiegende Mehrheit dieser WählerInnen meint, daß das deutsche Volk rassistisch sauber zu halten sei, was immer das auch heißen mag. Deutschland den Deutschen ist für diese WählerInnen eine gängige Forderung.

Die sogenannten Republikaner in Fürth stellen im Stadtrat Anfragen, die sich harmlos und objektiv geben. Zum Beispiel wollen sie angeblich nur wissen, wie hoch die Kriminalität in Fürth ist und wie stark die AusländerInnen daran beteiligt sind. Tatsächlich geht es Ihnen nur darum, das tiefsitzende Vorurteil der Bevölkerung zu fördern, AusländerInnen seien von Natur aus krimineller. Mit solchen Anfragen geht es Ihnen nicht um praktische Politik, das Ziel ist, Fremdenhaß zu schüren und politisches Kapital daraus zu schlagen.

Die REPs lehnen auch kategorisch das kommunale Wahlrecht und die doppelte Staatsbürgerschaft für ausländische MitbürgerInnen ab.

Wir fordern, daß sich die Stadt Fürth ausdrücklich beim Deutschen und Bayerischen Städtetag dafür einsetzt, daß alle AusländerInnen das Wahlrecht in den Kommunen bekommen. Dabei reicht es nicht, daß die AusländerInnen nur das aktive Wahlrecht haben, sie müssen auch als Bürgermeister oder Stadtrat gewählt werden können.

Darüber hinaus sollen die in diesem Land lebenden AusländerInnen auch für die Landtage und den Bundestag wählen können und dorthinein auch gewählt werden können.

Zudem fordern wir, daß sich die Stadt Fürth ausdrücklich für die Möglichkeit der doppelten Staatsbürgerschaft einsetzt.

Das derzeit bestehende restriktive Ausländerrecht nimmt den AusländerInnen fundamentale Grundrechte, wie das Wahlrecht. Für Fürth heißt das, daß 15.000 AusländerInnen davon betroffen sind.

Dieses demokratische Grundrecht kann nicht abhängig gemacht werden von der "völkischen Vererbung". Denn alle BürgerInnen, die an der gesellschaftlichen Entwicklung teilhaben, sollen an deren Gestaltung auch teilnehmen.

Eine Nation wird bestimmt durch die Summe ihrer Einwohner, nicht nur der Eingeborenen. In der BRD ist noch nicht einmal der Eingeborene Angehöriger dieser Nation, wenn er nicht papiermäßig nachweisen kann, daß er deutschen Blutes ist.

**"Das Land, das die Fremden nicht beschützt, geht bald unter."
Johann Wolfgang von Goethe**

Komitee gegen Rechtsradikalismus

V.i.S.d.P.: Walter Bauer, Maxstr.8, 8510 Fürth